

Arbeiterstimme

Tageszeitung der KPD . Sektion der Kommunistischen Internationale . Bezirk Sachsen
Verbreitungsgebiet Ostsachsen . Beilagen: Der rote Stern . Rund um den Erdball . Proletarisches Feuilleton . Das Bild der Woche

Jahrgang Dresden, Montag den 18. April 1932 Nummer 90

Das Ergebnis unserer außerparlamentarischen Massenmobilisierung

1318042 gegen Schiedsregierung

Unter Führung der KPD bereit zum Kampf gegen Schiedsdiktatur, SPD und Nazis . Vorwärts gegen Lohn- und Unterdrückungsraub . Organisiert in den Betrieben und an den Stempelstellen gewaltige Kampfdemonstrationen am 1. Mai!

Dresden, 18. April 1932

In der gestrigen Abstimmung zum roten Volksentscheid für die Auflösung des sächsischen Landtages haben von 3 664 047 Wahlberechtigten 1 392 254 Wähler teilgenommen. 1 318 042 stimmten mit Ja, 53 442 mit Nein. Ungültig waren 20 770 Stimmen. Die Wahlbeteiligung betrug 38 Prozent. Mit Ja haben 36 Prozent gestimmt. Der Volksentscheid ist nicht durchgegangen, da sich nicht mindestens 50 Prozent der Wahlberechtigten an der Abstimmung beteiligt haben.

Schiedsdiktatur und SPD

Der rote Volksentscheid, der gestern zu Erde geführt wurde, fand im Zeichen der Mobilisierung der wertvollen Massen zum außerparlamentarischen Kampf gegen die Schiedsdiktatur, die Fiktion der Brünings in Sachsen und den ihr in allen Fragen willfährigen Landtag. Diese gewaltige Massenkompanie richtete sich aber auch gleichzeitig und mit in erster Linie gegen die Hauptstütze der Schiedsregierung, die Sozialdemokratie, und ihrer Politik des „kleinsten Übels“, sowie gegen den Nationalsozialismus der von Schieds gedeckt und gefördert, gerade in Sachsen tagtäglich seine Arbeiterfeindschaft aufs neue bewies.

Unter den klaren Kampfaufrufen gegen Schied, gegen die SPD und Nazis, gelang es der KPD, in deren Händen ausschließlich die Führung des Volksentscheides lag, nach den zwei Wahlgängen zur Reichspräsidentenwahl erneut breite Massen von Arbeitern und Werttägigen zu mobilisieren und für die Abstimmung mit „Ja“ zu gewinnen. Die 1 318 042 Stimmen, die im roten Volksentscheid gegen die Schiedsregierung und für die Auflösung des Landtages abgegeben wurden, sind deshalb ein gewaltiger Erfolg der klaren und entschlossenen Kampfpolitik der Kommunistischen Partei. Diese 1 318 042 Stimmen sind in ihrer übermächtigen Mehrheit ein offenes

Das Ergebnis in den 3 Wahlkreisen

Wahlkreis	Wahlberechtigte	Wahlbeteiligte	Ja	Nein	Ungültig	Volksbegehren
Dresden-Bauzen	1363727	435959 (31,97%)	414099	15858	6002	237197
Leipzig	967929	307016 (31,72%)	290406	11735	4875	127603
Schemnitz-Zwickau	1332391	649279 (48,65%)	613537	25849	9893	368758

Die Wahl in den sächsischen Großstädten

Dresden
Wahlberechtigt 504 373, beteiligt 136 296; 27 Prozent der Stimmen; 132 135; Nein: 3041; Ungültig 1120. Am Volksbegehren haben 75 295 Wähler teilgenommen.

Leipzig
Wahlberechtigt 534 669, beteiligt 131 858; 24,6 Prozent der Stimmen; 127 096; Nein: 3576; ungültig 1187. Am Volksbegehren beteiligten sich 45 179.

Schemnitz
Wahlberechtigt 254 023, beteiligt 115 279; 45,51 Prozent der Stimmen; 110 208; Nein: 4013, ungültig 1055. Am Volksbegehren beteiligten sich 83 520.

Zwickau
Wahlberechtigt 61 806, beteiligt 21 712. Ja-Stimmen: 20 818; Nein: 681, ungültig 218. Volksbegehren 12 531.

Stauen
Wahlberechtigt 81 687, beteiligt 44 577. Ja-Stimmen: 42 619; Nein: 1463, ungültig 505. Volksbegehren 26 947.

Giegreicher Volksentscheid in Oldenburg

Oldenburg, 18. April. (Fig. Drahtbericht.) Der gestern im Freistaat Oldenburg durchgeführte rote Volksentscheid führte zu einem glänzenden Erfolg. Insgesamt wurden abgegeben 125 365 Ja-Stimmen und 700 Nein-Stimmen. Da die einfache Mehrheit der abgegebenen Stimmen entfiel, ist der Landtag Oldenburgs aufgelöst. Die Neuwahlen werden voraussichtlich am 2. Mai stattfinden. Bei dem Volksentscheid in Oldenburg waren die Verhältnisse wie bei dem im vorigen Jahre durchgeführten Volksentscheid in Preußen. Die sogenannte „Nationale Front“ hatte selbstverständlich aus ganz anderen Gründen und Motiven und mit ganz anderen Absichten ebenfalls Antrag auf Volksentscheid gestellt. Die kommunistische Partei mobilisierte die wertvollen Massen in klarer Frontstellung gegen die „Nationale Front“ zum roten Volksentscheid.

Platzüberfall auf Reichsbannerarbeiter

Breslau, 18. April. (Fig. Drahtbericht.) Auf dem Königplatz überfielen etwa 100 SA-Männer eine Anzahl Reichsbannerarbeiter und schlugen sie mit Schlagringen und Stahlrueten nieder. Acht Reichsbannerleute wurden schwer verletzt.

Hindenburg macht gegen die Reichsbannerarbeiter mobil!

Verbot des Reichsbanners gefordert . Hiltnermann proklamiert Selbstauflösung und Treue zur Realierung in „neutralen“ Sportvereinen

Wir haben bereits am Sonnabend kurz gemeldet, daß die Bundesführung des Reichsbanners die sofortige Auflösung der Schule angeordnet hat, da ihr Weiterbestehen nach dem Verbot der SA nicht mehr notwendig sei. Inzwischen hat sich herausgestellt, daß diese Anweisung auf einen Brief des soeben erst durch aktive Wahlhilfe des Reichsbanners wiedergewählten Reichspräsidenten Hindenburg zurückzuführen ist und im übrigen ein längst abgekartetes Spiel war. Die Selbstauflösung des Reichsbanners, das ist jetzt klar ersichtlich, war eine der Bedingungen, unter denen der SPD das SA-Verbot als eine Wahlbombe für die Präsidentschaftswahl geliefert wurde, die aber jetzt vorzeitig geplatzt ist.

Hindenburg hat an den Reichswehr-Innenminister General Groener einen Brief gerichtet, den die Berliner Morgenzeitung eine „Außerordnung Hindenburgs an Groener, nunmehr auch das Reichsbanner zu verbieten“, nennt. Hindenburg fordert unter Bezugnahme auf das Verbot der SA und der SS von Groener, daß „ähnlich geartete Organisationen anderer Parteien der gleichen Behandlung verfallen“ sollten. Hindenburg übersendet Groener verschiedene Material gegen das Reichsbanner und fordert nach seiner Prüfung einen entsprechenden Vorschlag Groeners.

Der Reichsbannerführer Hiltnermann hat nun sofort die freiwillige Auflösung der Schulformationen (Schule) des Reichsbanners erklärt. Die Reichsbannerführung beginnt also aus Angst vor einem Verbot durch die „Demokraten“ Hindenburg und Groener sofort selber abzurufen! Es muß darauf hingewiesen werden, daß der Angriff nicht nur gegen die Reichsbannerarbeiter, sondern vor allem gegen die revolutionären Organisationen gegen den Faschismus gerichtet ist. Durch diese jetzt durchgeführten Maßnahmen soll der Angriff eingeleitet werden.

Herrn Groeners „Standpunkt“

Der Reichsinnenminister Groener übergab zur Frage des Reichsbanners der Presse einen Artikel unter der Überschrift „Mein Standpunkt“, in dem er erklärte: „Ich muß die Unterstellung, als ob ich mit der Auflösung der SA für links optiert hätte, ganz entschieden zurückweisen. Ich halte lange Zeit den Gedanken verfolgt, auch den Angehörigen der SA, wie die Mitglieder anderer Verbände in

einer neuen, großen nationalpolitischen Organisation zu einem freiwilligen staatspolitischen Zusammenwirken zusammenzufassen. Der Gang der politischen Ereignisse seit Anfang dieses Jahres ließ jedoch diese Pläne nicht zur Ausführung kommen. . . Die Auflösung der SA ist keine Maßnahme gegen die Partei (die NSDAP) . . .“

Nach diesen interessanten Eingeländnissen sagt Groener, daß der Staat dafür sorgen würde, daß die bisher der SA angehörenden jungen Leute nicht der Obdachlosigkeit preisgegeben würden. Zu dieser liebevollen Erklärung sagt Groener die Klugfährigkeit: Die gesamte deutsche Jugend soll in der nächsten Zeit ohne Ansehen der Partei in „Sportorganisationen“ zusammengelacht werden.

Die Reichsbannerarbeiter werden erkennen müssen, wie sie von ihren Führern auch in den letzten Tagen beschwindelt und betrogen wurden. Während Herr Hitler sich mit Hilfe des „Verbotes“ der SA ganz legal und „regierungs-fähig“ macht, wird das Reichsbanner abgetrieben. Die Reichsbannermitglieder erhalten den Fuhrtritt von dem reaktionären Feldmarschall, den sie selbst gewählt haben.

Notürlich war das Reichsbanner niemals eine antifaschistische, aber stets eine gegenrevolutionäre Organisation. Aber viele seiner Arbeitermitglieder glaubten an den antifaschistischen Kampf der Reichsbannerführer, nahmen ihn für bare Münze, kämpften aktiv an der Seite der Kommunisten und des antifaschistischen Kampfbundes gegen den Nordterror der Nazis. Ihnen gilt die Auflösungsaktion. Sie sollen ihren antifaschistischen Kampfwillen abrühen. Sie sollen nicht hören, wenn die Wels und Hiltnermann eine etwa kommende Brünings-Hiltner-Koalition tolerieren werden.

Reichsbannerarbeiter! Den Hiltnerfaschismus kann man nur schlagen durch die gemeinsame proletarische Klassenkraft, mit der Waffe des Streiks und allen anderen Mitteln des proletarischen Kampfes. Nicht durch papierne Verbote „ohne Härte“, sondern nur im kämpfenden Zusammengehen und Massenelbstschutz mit euren kommunistischen Klassengenossen könnt ihr die Nazifahrer hinwegjagen. Nur wenn ihr die Notverordnungs-diktatur des Lohn- und Unterdrückungsabbau, der Demonstrationen- und Pressenverbote, und aller Scheltwörter der Nazis erkennt, werdet ihr in der Klassenfront gegen den Faschismus stehen.